

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	HuF/020/16-21
Sitzungsdatum	Mittwoch, den 18.04.2018
Sitzungsbeginn	20:00 Uhr
Sitzungsende	22:30 Uhr
Ort	Sitzungssaal Gebäude I, Raum 001, Mainzer-Tor-Anlage 6, 61169 Friedberg (Hessen)

Teilnehmerliste

Vorsitzende

Frau Marion Götz

Mitglieder

Herr Olaf Beisel
 Herr Friedrich Wilhelm Durchdewald
 Herr Achim Güssgen-Ackva Vertretung für Herrn Dr. Reinhold Merbs
 Herr Ulrich Hausner
 Herr Mehmet Turan
 Herr Bernd Wagner
 Herr Sven Weiberg
 Herr Günther Winfried Weil

Schriftführer

Herr Florian Vornlocher

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Herr Carl Cellarius
 Frau Silvia Elm-Gelsebach
 Herr Florian Uebelacker

Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Dirk Antkowiak
 Herr Stadtrat Gerhard Bohl
 Frau Stadträtin Claudia Eisenhardt
 Herr Stadtrat Markus Alexander Fenske
 Herr Stadtrat Klaus Fischer
 Herr Stadtrat Siegfried Köppl
 Frau Stadträtin Ruth Mühlenbeck
 Herr Stadtrat Ortwin Musch

Verwaltung

Frau Cornelia Becker Anwesend zu TOP 1
 Herr Joachim Böhmerl
 Herr Hans-Peter Schad
 Herr Jürgen Schlerf Anwesend bis TOP 6
 Frau Nicola Schlerf Anwesend zu TOP 1

Ausschussvorsitzende Götz eröffnet die 020. Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß. Ausschussmitglied Beisel teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 16-21/0627 – Antrag der CDU-Fraktion vom 14. Februar 2018; hier: Masterplan Friedberg 2030 von Seiten der CDU-Fraktion von der Tagesordnung genommen werden soll. Hiergegen ergibt sich kein Widerspruch.

Tagesordnung:

1	16-21/0651	Freistellung von Kindertagesstättegebühren
2	16-21/0646	Aufhebung einer Stellenbesetzungssperre bei der Kostenstelle 1.020000 – Zentrale Dienste – Allgemeine Verwaltung -
3	16-21/0671	Aufhebung einer Stellenbesetzungssperre bei der Kostenstelle 3.031000 Stadtkasse
4	16-21/0636	Verlegung des Schulweges-Lückenschluss Schallschutz; hier: Ergebnisbericht A) aus der gemeinsamen Ortsbegehung am 08.12.2017 B) Stellungnahme zum Vorschlag der UWG - Fraktion
5	16-21/0659	Aufhebung Sperrvermerk bei Kostenstelle 7.880000 Investitions-Nr. 7.0358.02
6	16-21/0264-1	Antrag der SPD-Fraktion vom 06. Februar 2017; hier: Prüfauftrag Tempo 30 km/h aufgrund gesetzlicher Änderung
7	16-21/0485-2	Antrag der Fraktion Die Linke. vom 07.09.2017; hier: Einführung eines Sozialpass
8	16-21/0672	Hessenkasse - Beitritt zum flankierenden Investitionsprogramm
9		Haushaltsplan des Usa-Wellenbads 2018 - Information über abweichende Festlegungen vom Haushalt der Stadt Friedberg - weiteres Vorgehen
10	16-21/0635	Genehmigung der Haushaltssatzung 2018; hier: Mitteilung gem. § 50 (3) HGO
11	16-21/0655	Nutzungsvertrag mit dem Förderverein des Quellwasserschwimmbades Ockstadt e.V.
12	16-21/0552	Wirtschaftsplan 2018 (Entwurf) der Entsorgungsbetriebe Friedberg (Hessen)
13		Sachstand Konversion - Erstzugriff, Friedberger Anwender- und Technologiezentrum u. a.
14		Verschiedenes

1. 16-21/0651 Freistellung von Kindertagesstättegebühren

Ausschussvorsitzende Götz und zuständiger Stadtrat Fenske erläutern ausführlich die Vorlage und die in Zusammenhang hiermit in den zurückliegenden Tagen erfolgten Klärungen und Erörterungen. Hierzu ergehen einige Fragen aus den Reihen der Mitglieder. Diese werden durch die anwesenden Mitarbeiterinnen der Verwaltung sowie Stadtrat Fenske erläutert.

Anschließend werden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Änderung:

Die Öffnungszeiten wird von bisher 7.30 Uhr bis 16.30 Uhr auf 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr ausgeweitet. Die Basisbetreuung findet in der Zeit von 7.00 Uhr bis 13.00 Uhr statt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1

2. Änderung:

Zu Punkt 2 der Vorlage wird eine Neufassung an die Mitglieder des Ausschusses verteilt. Diese lautet wie folgt:

Aufgrund neuer Erkenntnisse und den Ausführungen im Eildienst des Hessischen Städte – und Gemeindebundes vom Freitag, dem 11.04.2018 und sofortiger Nachfrage, ob die Kommunen an die Kostenmodule in Höhe von 22,60 € pro Stunde gebunden sind, wurde dies verneint. Stattdessen soll eine entsprechende Kostenkalkulation seitens der Kommunen durchgeführt werden und die Kostenbeiträge in der Satzung in voller Höhe dargestellt werden. Die entsprechende Reduzierung (basierend auf dem Landeszuschüssen von voraussichtlich 135,60 €) wird an die Eltern analog der gesetzlichen Babiniregelung (Reduzierung des Kostenbeitrages um 100 Euro) weitergegeben.

Basierend auf den jetzigen Einnahmeverhältnissen ergibt sich für den Kindergartenbereich ein durchschnittlicher Stundensatz in Höhe von 21,60 €.

Demnach ergeben sich nach derzeitigen Kenntnissen folgende Kostenbeiträge:

Betreuungszeit	Monatlicher Kostenbeitrag	Kostenanteil Eltern
7.00 Uhr bis 13.00 Uhr	129,60 €	0
7.00 Uhr bis 15.00 Uhr	172,80 €	37,20 €
7.00 Uhr bis 17.00 Uhr	216 €	80,40 €

Eine abschließende Berechnung der Gebühren bleibt der Satzungsvorlage vorbehalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1

3. Änderung:

Auch für die Krippen- und Hortkinder wird auf die Erhebung von einkommensabhängigen Gebühren verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 3 Nein 1 Enthaltung 6

4. Änderung:

Der Kostenbeitrag für die Betreuung eines Kindes bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres beträgt:

Betreuungszeit	Monatlicher Kostenbeitrag (in Euro)
7.00 Uhr bis 15.00 Uhr	280,--
7.00 Uhr bis 17.00 Uhr	350,--

Für die Hortkinder sollte wie bisher gelten, dass nur eine Ganztagsbetreuung möglich ist. Auch hier wurde der Stundensatz von 22,60 €, analog der Kindergartenbetreuung, zugrunde gelegt, allerdings nur bemessen für den Zeitraum von 8 Stunden, obwohl den Hortkindern eine Betreuungszeit von 07.00 Uhr bis 17.00 Uhr zur Verfügung steht. Diese Betreuungszeit können sie jedoch nur in den Schließzeiten der Schule nutzen und nicht während des ganzen Jahres.

Betreuungszeit	Monatlicher Kostenbeitrag (in Euro)
7.00 Uhr bis 17.00 Uhr	180,--

Die Höhe des Verpflegungsentgeltes und die der Kleinkinderpflegeprodukte sollte wie in der jetzigen Satzung durch den Magistrat geregelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja 3 Nein 1 Enthaltung 6

5. Änderung:

Zum nachfolgenden Punkt wird eine Neufassung an die Mitglieder des Ausschusses verteilt. Diese lautet wie folgt:

Neu wäre jedoch, dass die Rückerstattung im Bereich des Verpflegungsentgeltes eine andere Regelung erfährt.

Bisher wurden Verpflegungsentgelte auf Antrag der Eltern zurückerstattet, sobald das Kind länger als 5 aufeinander folgende Öffnungstage entschuldigt in der Einrichtung gefehlt hat. Eine Rückerstattung war somit ab dem 6. Tag möglich. Der Verwaltungsaufwand sowohl in der Kindertagesstätte als auch in der Kindertagesstättenverwaltung ist unverhältnismäßig hoch, so dass eine Rückerstattung künftig nur noch ab einem Betrag in Höhe von 15 € an die Eltern als Zahlungsempfänger möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

6. Änderung:

In der neuen Kostenbeitragssatzung (alt Gebührensatzung) sollte eine Rubrik „zusätzliche Kostenbeiträge“ aufgenommen werden.

In allen Kindertagesstätten werden für besondere Aktivitäten, wie z.B. Ausflüge, Theaterbesuche oder auch ein gesundes Frühstück zusätzliche Gelder eingesammelt. Dies ist zwar überall gängige Praxis, jedoch findet sich in der jetzigen Gebührensatzung hierfür keine Legitimation.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2

7. Änderung:

In den Sommerferien haben fast alle Kindertagesstätten für drei Wochen geschlossen. Jedoch ist die Stadt gehalten, eine Notdienstbetreuung für die Kinder der Eltern anzubieten, die berufstätig sind und zu den Schließungszeiten keinen Urlaub erhalten.

Die Kindertagesstättenverwaltung fragt im Vorfeld bei den Eltern ab, wer den Notdienst in Anspruch nehmen will und bittet um eine verbindliche Anmeldung für die entsprechend benötigten Zeiten. Die Anzahl des pädagogischen Personals richtet sich nach der Anzahl der Kinder, die betreut werden müssen.

Trotz „verbindlicher“ Zusagen stimmt die Anzahl der angemeldeten Kinder in den wenigsten Fällen mit der Anzahl der dann tatsächlich anwesenden Kinder überein.

Daher wird künftig ein zusätzlicher wöchentlicher Kostenbeitrag (nach wöchentlicher Inanspruchnahme) erhoben, um eine höhere Verbindlichkeit zu erreichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

2. 16-21/0646 Aufhebung einer Stellenbesetzungssperre bei der Kostenstelle 1.020000 – Zentrale Dienste – Allgemeine Verwaltung -

Beschluss:

Zur Sicherstellung des laufenden Betriebes wird die Stellenbesetzungssperre (Beginn 01. November 2018) für eine Stelle TVöD 5 bei der Kostenstelle 1.020000 – Zentrale Dienste – Allgemeine Verwaltung - aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

3. 16-21/0671 Aufhebung einer Stellenbesetzungssperre bei der Kostenstelle 3.031000 Stadtkasse

Beschluss:

Zur Sicherstellung des laufenden Betriebes wird die Stellenbesetzungssperre zum 01. Mai 2018 (Beginn: 01. November 2018) für eine Vollzeitstelle A 12 ghD bei der Kostenstelle 3.031000 Stadtkasse aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**4. 16-21/0636 Verlegung des Schulweges-Lückenschluss Schallschutz;
hier: Ergebnisbericht
A) aus der gemeinsamen Ortsbegehung am 08.12.2017
B) Stellungnahme zum Vorschlag der UWG - Fraktion**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

5. 16-21/0659 Aufhebung Sperrvermerk bei Kostenstelle 7.880000 Investitions-Nr. 7.0358.02

Beschluss:

Der Sperrvermerk bei der Kostenstelle 7.880000 Investitions-Nr. 7.0358.02 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**6. 16-21/0264-1 Antrag der SPD-Fraktion vom 06. Februar 2017;
hier: Prüfauftrag Tempo 30 km/h aufgrund gesetzlicher Änderung**

Bürgermeister Antkowiak erläutert die Vorlage. Hierzu ergehen einige Wortmeldungen aus der Runde der Ausschussmitglieder.

Der Bereich Kaiserstraße 144 = ev. Kindertagesstätte wird nochmals hinsichtlich der Möglichkeit einer Tempo-30-Regelung geprüft und das Ergebnis dem Ausschuss mitgeteilt.

Beschluss:

(Hier: Erteilung des in der StVO gem. § 45 vorgesehenen gemeindlichen Einvernehmens durch die städtischen Gremien)

Als Abrundung des im Jahre 2004 entwickelten Gesamtkonzepts im Stadtgebiet und unter Berücksichtigung des Prüfauftrags der Stadtverordnetenversammlung werden durch die Straßenverkehrsbehörde die Bereiche

- a) **Kaiserstraße** im Abschnitt Burg bis Ockstädter Straße
- b) **Am Burgberg / Usavorstadt – Alte Bahnhofstraße – Haagstraße – Haingraben Hanauer Straße bis B 275** (Saarstraße)
- c) **Mühlweg – Im Rosenthal – Barbarastraße – Fauerbacher Straße bis B 275** (Fritz-Reuter-Straße)
- d) **Die Ockstädter Straße**

auf Tempo 30 geschwindigkeitsreduziert. Damit wird die innerorts geltende Regelgeschwindigkeit (Tempo 50) herabgesetzt. Diese Maßnahme wird zunächst im Rahmen eines „Verkehrsversuches“ in einer einjährigen Erprobungsphase getestet und soll danach dauerhaft eingeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1

**7. 16-21/0485-2 Antrag der Fraktion Die Linke. vom 07.09.2017;
hier: Einführung eines Sozialpass**

Antragsteller Weiberg erläutert den Antrag.

Unter Einbeziehung der im Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur erfolgten Ergänzung fasst der Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Stadt erkennt den Ausweis der Friedberger Tafel e. V. als Nachweis zum Erhalt des Ermäßigungstarifes in den städtischen Einrichtungen an. Leistungsempfänger nach dem SGB XII **und dem Asylbewerberleistungsgesetz** können den Ermäßigungstarif ebenfalls in Anspruch nehmen (Dies wird bei den kommenden Überarbeitungen der jeweiligen Satzungen berücksichtigt).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0

8. 16-21/0672 Hessenkasse - Beitritt zum flankierenden Investitionsprogramm

Beschluss:

Grundsatzbeschluss:

Die Stadt Friedberg (Hessen) nimmt am flankierenden Investitionsprogramm des Entschuldungsprogramms Hessenkasse teil.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

9. Haushaltsplan des Usa-Wellenbads 2018 - Information über abweichende Festlegungen vom Haushalt der Stadt Friedberg – weiteres Vorgehen

Bürgermeister Antkowiak sowie Ausschussvorsitzende Götz erläutern die Sachlage zum Haushaltsplan des Usa-Wellenbads 2018, in dem abweichende Festlegungen vom genehmigten Haushalt der Stadt Friedberg vorgenommen wurden.

10. 16-21/0635 Genehmigung der Haushaltssatzung 2018; hier: Mitteilung gem. § 50 (3) HGO

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Vorlage „Genehmigung der Haushaltssatzung 2018; hier Mitteilung gem. §50 (3) HGO“ zur Kenntnis.

11. 16-21/0655 Nutzungsvertrag mit dem Förderverein des Quellwasserschwimmbades Ockstadt e.V.

Beschluss:

1. Die Verwaltung (Amt für soziale und kulturelle Dienste und Einrichtungen – Sportabteilung – und Amt für Stadtentwicklung, Liegenschaften und Rechtswesen) wird beauftragt, auf Grundlage des Nutzungsvertrages der Saison 2017 mit dem Förderverein des Quellwasserschwimmbades Ockstadt e.V. einen dreijährigen Nutzungsvertrag für die Freibadsaisons 2018-2020 auszuhandeln und abzuschließen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt Ihre Absicht, die für den Betrieb des Freibades Ockstadt notwendigen Zuschüsse an den Förderverein des Quellwasserschwimmbades Ockstadt e.V. in Höhe von jährlich 72.000 € bei der Kostenstelle 4.571000.7178000 auch in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 wieder bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0

12. 16-21/0552 Wirtschaftsplan 2018 (Entwurf) der Entsorgungsbetriebe Friedberg (Hessen)

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2018 wird wie vorgelegt beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

13. Sachstand Konversion - Erstzugriff, Friedberger Anwender- und Technologiezentrum u. a.

Bürgermeister Antkowiak teilt mit, dass Minister Rhein im Gespräch beim Ersten Spatenstich für die Wohnhäuser in der Burg am 12.04.2018 klargestellt habe, dass in der Projekt- und Finanzierungsplanung der THM außer dem in der Housing Area geplanten Neubau keine weiteren Projekte am Standort Friedberg enthalten seien. Der Abstimmungsprozess für FrAnTZ mit dem Wissenschaftsministerium sei durch den Gesprächswunsch der Stadt und die von ihm nun übersandten Unterlagen in Gang gekommen.

14. Verschiedenes

Nachdem keine Wortmeldungen zur Punkt „Verschiedenes“ vorlagen, schließt Ausschussvorsitzende Götz mit Dank an die Anwesenden.

gez.: Götz
(Vorsitzende)

gez.: Vornlocher
(Schriftführer)